Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

26.05.1986 - Drucksache 11/639

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/639
26. 05. 86

Antrag der Fraktion der GRÜNEN

Konsequenzen aus der Katastrophe von Tschernobyl

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Der Atomunfall von Tschernobyl hat offenbart, daß
   - — es keine absolute Sicherheit von Atomanlagen gibt
   - — ungeachtet unterschiedlicher Sicherheitssysteme auch in der Bundesrepublik ein verheerender Atomunfall möglich ist
   - — die lebensbedrohlichen Folgen einer atomaren Havarie weder technisch reparabel noch zeitlich oder räumlich begrenzbar sind
   - — Atomkraftwerke deshalb eine permanente Bedrohung des Lebens auf der Erde darstellen, zumal auch ihr „Normalbetrieb" die radiologische Strahlenbelastung erhöht und ungeheure Mengen an hochgefährlichem Müll produziert, der über viele tausend Jahre von allen natürlichen Kreisläufen isoliert werden muß.

2. Die Bürgerschaft spricht sich deshalb für die umgehende Stillegung aller Atomanlagen in der Bundesrepublik und in allen anderen Ländern aus.

   Sie geht davon aus, daß der Verzicht auf Atomenergie technisch innerhalb eines Jahres möglich ist, ohne daß in der Bundesrepublik eine Energiekrise zu befürchten wäre.

   Neue Atomanlagen dürfen nicht mehr in Betrieb gehen, in Bau befindliche Projekte sind stillzulegen. Es darf keinen Einstieg in den Plutoniumkreislauf über den „Schnellen Brüter" und die Wiederaufbereitungsanlage geben.

   Die Bürgerschaft fordert die Bundesregierung auf, ein sofortiges Exportverbot für Atomanlagen zu erlassen.

   Forschung, Entwicklung und Produktion im Energiesektor müsen zukünftig auf Energieeinsparung und auf umweltfreundliche, dezentrale Energiesysteme konzentriert werden.

3. Die Bürgerschaft ist der Auffassung, daß Bremen alle seine politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten wahrnehmen muß, um den bundesweiten Ausstieg aus der Atomenergie zu beschleunigen.

   Für die bremische Energieversorgung bedeutet das, keinesfalls eine größere Abhängigkeit als bisher von der Atomwirtschaft und vom Atomstrom einzugehen.

4. Die Bürgerschaft fordert deshalb den Senat auf,
   - — seinen Einfluß geltend zu machen, daß der erweiterte Stromlieferungsvertrag der Stadtwerke AG mit der PREAG nicht unterzeichnet wird;
   - — mit den Stadtwerken dafür zu sorgen, daß die Lieferung von Atomstrom nach Bremen überflüssig wird.

   Dazu ist eine Energiepolitik erforderlich, die
   - — die Einsparung statt den Verbrauch von Energie fördert
   - — alle Ansatzpunkte für den Einsatz von regenerativen Energien (Sonne, Wind, Wasser, Biogas) nutzt
   - — auf dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung zur Erzeugung von Strom und Heizenergie setzt.

Fücks und Fraktion der GRÜNEN

Druck: Anker-Druck Bremen